Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2,35 M, monatl. 10 M vorauszahlbar frei ins Haus.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 20 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ₰.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 2,20 M, zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2,40 M.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 260. Mittwoch, den 8. Juni 1921 – Morgen-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Oberschlesien.

Schwebende Verhandlungen. — Die Entente noch immer uneinig.

Die „Times" melden aus Oppeln: General Hoefer erklärte in einer Unterredung mit britischen Offizieren, er verpflichte sich, nicht vorzurücken, solange sich die Polen nicht rührten. Der Berichterstatter der „Times" sagt, das sei gerade die Schwierigkeit, denn niemand, am wenigsten die Aufständischen, könnte garantieren, daß die Aufständischen sich nicht rührten. Der Stab der polnischen Aufständischen bestehe größtenteils aus nichtoberschlesischen Polen. Sie verloren das Vertrauen ihrer Leute und örtlichen Befehlshaber, die alle Krieg auf eigene Rechnung machten.

Aus Berlin wird gemeldet:

Die deutschen Botschafter in Paris, London und Rom wurden angewiesen, wegen der jüngsten Ereignisse in Oberschlesien, besonders wegen des Ultimatums an Hoefer, Vorstellungen zu erheben. Eine Note wurde nicht übergeben. Gestern fanden zwischen Hoefer und dem englischen Kommissar Henneker Besprechungen über die militärischen Maßnahmen, die heute voraussichtlich fortgesetzt werden, statt.

*

„Daily Chronicle" schreibt in einem „Entente" überschriebenen Artikel, die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates wurde noch nicht festgesetzt. Dabei häuften sich die Fragen an, mit denen sich der Rat beschäftigen müßte. Oberschlesien bleibe das Hauptproblem. Eine Verschleppung in der Behandlung dieser Frage ziehe ernste, nicht notwendige Gefahren nach sich. „Daily Chronicle" erklärt, ein endgültiges interalliiertes Abkommen, eine gleiche Politik in Oberschlesien durch Frankreich und England seien für den europäischen Frieden unentbehrlich. Der Grundsatz der beiden Länder, sich freie Hand zu bewahren, soweit das unter dem Friedensvertrage möglich ist und alle paar Wochen Konferenzen des Obersten Rates abzuhalten, führe in der Praxis zu Unzuträglichkeiten. Man brauche nur die Reden zu lesen, die während der letzten Debatte in der französischen Kammer gehalten wurden, um sich zu vergegenwärtigen, daß ein Fortschreiten auf dieser Grundlage den Tod der Entente bedeuten würde.

*

Entspannung der Lage. — Die Engländer rücken vor.

Berlin, 7. Juni 1921.

Die Zuspitzung, die die Lage in Oberschlesien durch die ultimative Forderung der interalliierten Kommission an den deutschen Selbstschutz erfahren hatte, scheint durch das Vorstelligwerden der deutschen Gesandten bei den einzelnen Entente-Regierungen und durch die Verhandlungen, die die Reichsregierung inzwischen mit der Oppelner Kommission geführt hat, eine zufriedenstellende Abschwächung erfahren zu haben. Die Zusicherung des Leiters der englischen Verstärkung, daß die Säuberungsaktion unmittelbar bevorsteht, hat bei den deutschen Selbstschutzleuten äußerst beruhigend gewirkt. Es scheint tatsächlich, daß die Engländer jetzt eingreifen, um das Industriegebiet von polnischen Insurgenten zu säubern. Wie wir erfahren, sind die notwendigen Vorbereitungen bereits getroffen, und es ist beabsichtigt, daß die Engländer von Groß-Strehlitz aus nach Gleiwitz vorstoßen, um dann strahlenmäßig Beuthen, Königshütte und Kattowitz zu besetzen. Der deutsche Selbstschutz soll während der englischen Aktion den Schutz des rechten Flügels der Engländer übernehmen, jedoch nicht eingreifen, sondern lediglich zur Verfügung des englischen Kommandos stehen. Bevor die Säuberung beginnt, soll die interalliierte Kommission beabsichtigen, einen Aufruf an die polnischen Insurgenten zu richten, in dem unter Androhung strengster Strafen die Waffenniederlegung und die Auflösung der Banden gefordert wird.

Daß die englische Verstärkung ein Eingreifen tatsächlich beabsichtigt, geht aus der Beunruhigung, die unter den Insurgenten herrscht, hervor. Die Annahme, daß die Säuberungsaktion nicht schwierig sein wird, findet in dem Rücktritt des bisherigen Oberkommandanten der Polen eine gewisse Bestätigung. Doliva, der bisher die militärischen Maßnahmen der Insurgenten leitete, hat das Kommando niedergelegt, weil er eingesehen hat, daß es ihm nicht möglich ist, die Disziplin unter den Aufständischen aufrechtzuerhalten, und weil er vermeiden wollte, daß man ihn mit mordenden und plündernden Aufständischen identifiziere. Mit diesem Rücktritt sind auch die Bedingungen hinfällig, die die Polen nach Auslandsmeldungen neuerdings wieder an die interalliierte Kommission gerichtet haben sollen und die unter anderem die Einrichtung einer neutralen Zone verlangen.

Die inzwischen eingetretene Klärung der Lage ist um so mehr zu begrüßen, als die französische Presse aus der vorübergehenden Zuspitzung wieder Honig saugte und die französische Regierung zu Vergeltungsmaßregeln auf dem rechten Rheinufer aufforderte. Die Ereignisse werden so schlimm wie möglich geschildert, um insbesondere einen Vorwand zur Fortdauer der Märzsanktionen zu erhalten. Durch das schnelle Eingreifen der Reichsregierung ist Gott sei Dank auch diesmal den französischen Chauvinisten das Wasser abgegraben worden. Wir wollen jetzt hoffen, daß es den Engländern bald gelingt, die gesetzmäßigen Zustände in Oberschlesien wieder herzustellen. Ist die Absicht hierzu vorhanden — und das scheint der Fall zu sein — so werden bald Ruhe und Ordnung in das Industriegebiet des Ostens wiederkehren und somit Europa vor neuem Zündstoff verschont bleiben.

Um die Preußenregierung.

Berlin, 7. Juni 1921.

Durch die Rede des preußischen Ministerpräsidenten ist die Frage der Regierungsbildung in Preußen insofern geklärt, als bekannt ist, daß sowohl im Zentrum wie auch bei den Demokraten keine Neigung auf Umbildung des Kabinetts ohne Deutsche Volkspartei besteht. Was bisher noch unklar war, haben die maßgebenden Führer der Demokraten und des Zentrums durch unverbindliche Aeußerungen sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber hinzugefügt. Die Demokraten haben keine Eile mit der Regierungsumbildung, weil sie dadurch einen Minister verlieren würden. Auch wollen sie nach wie vor die Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei. Das Zentrum will von der Heranziehung der Deutschen Volkspartei ebenfalls nicht abweichen, bezeigt im übrigen aber überhaupt keine Neigung zu Verhandlungen über die Regierungsumbildung, solange nicht eine gewisse Konsolidierung im Reiche vorhanden sei. Bisher haben auch keinerlei Verhandlungen über die Regierungsumbildung stattgefunden. Die beiden Regierungsparteien wollen anscheinend erst kosten, wie sich in Preußen gegen die Sozialdemokraten regieren läßt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird es hierbei an dem nötigen Anschauungsunterricht nicht fehlen lassen.

Die Besprechungen zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald und dem Reichskanzler über die oberschlesische Frage fanden heute vormittag noch nicht statt. Sie dürften heute noch erfolgen.

Die brüchige Entente.

Meinungsverschiedenheiten um Sowjet-Rußland.

„Daily Telegraph" schreibt: Am 26. Mai überreichte das französische Ministerium des Aeußern der britischen Botschaft in Paris eine von Briand unterzeichnete Note über die Handelsbeziehungen mit Räterußland. Die Note enthält einen energischen Protest gegen die in Artikel 9 des britischen Handelsabkommens mit Rußland niedergelegten Grundsätze und gegen die durch die Entscheidung des britischen Appellationsgerichts geschaffene Lage. Briand legt dar, daß Artikel 9 des Abkommens dahin ausgelegt werden könne, daß er den Bolschewisten gestatte, nach England nicht nur Geld, sondern auch Wertpapiere auszuführen, die nicht als Eigentum der britischen Regierung anerkannt werden könnten. Briand erklärt, dadurch würden die Franzosen ihres Eigentums, das von den Bolschewisten als beschlagnahmt erklärt wurde, verlustig gehen. Die französische Regierung begreife vollkommen die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland. Diese könnte jedoch nur erfolgen, wenn die früheren Schulden anerkannt und die räuberische Gesetzgebung für nichtig erklärt werde. Daher halte die französische Regierung es in voller Uebereinstimmung mit der Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs Hughes für notwendig, die britische Regierung zu benachrichtigen, daß Frankreich sich weigere, die in Artikel 9 ausgedrückten Ansichten anzunehmen, daß sie sich die Rechte der französischen Bürger in aller Form vorbehalten werde.

Interessant zu dieser entschiedenen Ablehnung ist, daß der diplomatische Mitarbeiter der „Daily News" schreibt, in England werde ein formelles Bündnis mit Frankreich nicht gewünscht. Die britische und französische Politik seien heute radikal voneinander verschieden. Es sei zwecklos, zu behaupten, daß beide Länder dasselbe Ziel haben, wenn es doch nicht der Fall sei.

Saarkohle für England.

Infolge der von Deutschland auf Grund des Spa-Abkommens nach Frankreich gelieferten Reparationskohlen häufen sich die Kohlenvorräte in Frankreich bekanntlich derart an, daß für die Saarkohle in Frankreich keinerlei Bedürfnis mehr besteht. Die Folge davon war eine Einschränkung der Kohlenförderung in den Saargruben durch Einlegung zahlreicher Feierschichten. Durch diese Maßnahme trat eine starke Beunruhigung unter den Saarbergleuten ein, so daß sich die französische Grubenverwaltung veranlaßt sah, nach neuen Absatzgebieten für die Saarkohle sich umzusehen.

Jetzt schloß nach einer französischen Meldung die englische Kohlenfirma Lambert Brothers einen Vertrag auf Lieferung mehrerer hunderttausend Tonnen Saarkohle für Rechnung der englischen Regierung ab.

Preußischer Landtag.

(Telephonischer Bericht.)

26. Sitzung.

Dienstag, 7. Juni, vormittags 11 Uhr.

Kleine Anfragen.

Buchhorn (DVP.) beschwert sich über die Ernennung des sozialdemokratischen Zigarrenfabrikanten Schropp zum Landrat, obwohl Schropp sich selbst für unfähig gehalten und den Landratsposten als Entschädigung von der Partei für die wirtschaftlichen Nachteile infolge seiner Wahl zum Landtagsabgeordneten erhalten habe. — Ein Regierungsvertreter erklärt, daß Schropp die behaupteten Aeußerungen entschieden bestreite.

Rusch (K.) erhält auf seine Anfrage, weshalb den kommunistischen Gastwirtsangestellten die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter Ueberschreitung der Polizeistunde untersagt worden ist, die Antwort, daß der Polizeipräsident öffentliche Versammlungen nach der Polizeistunde noch in keinem Falle genehmigt hätte.

Auf die Anfrage **Klausners** (USP.), warum das Einsammeln von Beeren und Pilzen in Staatswäldern abhängig gemacht wird von der Entrichtung von 5 M für Ortsarme und Kriegsbeschädigte und von 10 M für alle andern Personen, wird erwidert, daß die Regierung wegen der finanziellen Notlage des Staates die Verfügung nicht zurücknehmen könne.

Der Gesetzentwurf über die Erhaltung des Stadtkreises München-Gladbach geht an den Gemeindeausschuß.

Fortsetzung der Haushaltsdebatte.

Dr. Bredt (Wirtsch. Partei): Die Grundsteuer wird für den Staat kaum noch wesentliche Erträge übrig lassen, weil sie von den Kommunen schon sehr stark angespannt ist.

Heilmann (SD.): Herr v. d. Osten hat gestern seiner Mahnung zur Einigkeit schon in seinem nächsten Satz selbst ins Gesicht geschlagen und eine Beleidigung gegen uns ausgesprochen. Er wagte es, uns zu unterstellen, wir wollten durch die Unterzeichnung des Ultimatums die deutsche Arbeiterschaft zu Sklaven des ausländischen Großkapitals machen und die Produktion totschlagen. Ein Narr, wer es nicht erkennt, ein Schurke, wer es wider besseres Wissen dem deutschen Volke verschweigt. Wir stöhnen doch nur unter der von Ihnen verschuldeten Niederlage. (Unruhe rechts.) Das Zitat, das Herr v. d. Osten dem „Vorwärts" entnommen hat, ist gefälscht. (Hört! Hört! links.) Es heißt darin: Wir wollen keinen Revanchekrieg, wir wollen, daß Deutschland auf den Traum verzichtet, seine Verluste durch einen siegreichen Krieg wieder hereinzubringen. (Zuruf links: Deutschnationale Praxis!) Wenn der Abg. v. Richter erklärt hat, die Rede des Abg. Braun sei mittelmäßiger als die eines Parteisekretärs, so stehe ich nicht an, zu erklären, daß Herr v. Richter es bei uns nicht einmal zum Parteisekretär gebracht hätte. Die Erfüllung des Ultimatums wird ohne Erfassung der Goldwerte der Besitzenden nicht möglich sein. Herr Ministerpräsident Stegerwald teilt doch sicherlich mit uns die Ueberzeugung, daß zu den breiten Schichten, welche die Lasten zu tragen hätten, auch die Besitzenden zählen, und zwar in erster Linie. Dem Sträuben der Besitzenden gegen die Steuern hat Herr v. d. Osten ja hier schon ein patriotisches Mäntelchen umgehängt. Aber wenn Herr v. d. Osten erklärt hat, wir wären ja doch bald nicht mehr in der Lage, unsere Leistungen zu erfüllen, so ist uns eine gemeinsame Arbeit mit Vertretern dieser Anschauungen unmöglich. (Sehr richtig! bei den SD.) Wenn Herr v. d. Osten weiter den Mut hatte, die Regierung wegen angeblicher Versäumnisse in Oberschlesien anzuklagen, so hat er wohl das Wort vergessen, das der deutschnationale Führer Hergt im Reichstag gesprochen hat: „Wir müssen uns bei der Entscheidung über das Ultimatum freimachen von jeder Rücksicht auf Oberschlesien!" Das ist ein Wort des Verrats an Deutschland, und Sie (nach rechts) haben uns über Oberschlesien nichts mehr zu sagen. Wir können Oberschlesien nur noch dienen, wenn wir jede Gemeinschaft mit Ihnen, jede Gemeinschaft mit einer Politik, die weder national noch deutsch ist, weit von uns weisen. (Lebhafte Zustimmung bei den SD.) Was die Verbreiterung der Regierungsbasis anbelangt, so wollen wir mitarbeiten mit allen, die Mut, Willen und Opfersinn zeigen. Erfreuliche Spuren dieses Opfersinnes finden wir bei unserer Bruderpartei von links, und diese Haltung der USP. kann auf die Umbildung der Regierung nicht ohne Einfluß sein. Die Rechtsparteien haben diesen Opfergeist weder vor noch nach dem Kriege in Taten bewiesen. Der Ministerpräsident äußerte, er fühle sich in sozialen Fragen den linken, in nationalen Fragen den rechten Parteien näher. Herr Ministerpräsident, haben wir nicht zusammen während des Krieges den Volksbund für Freiheit und Vaterland ins Leben gerufen, die Friedensresolution verteidigt? Dann den Friedensvertrag unterzeichnet, jetzt das Ultimatum angenommen? Haben Sie etwa sagen wollen, daß Sie in nationalen Fragen mit der Linken, in nationalen Phrasen mit der Rechten gehen? Können Sie (zur Rechten), wenn Sie sich ehrlich prüfen, erklären, daß Sie den Ernst der Zeit auch in Steuerfragen begriffen haben, daß Sie nicht aus den Taschen der andern, sondern aus den eigenen die unvermeidlichen riesigen Opfer bringen wollen? Sie haben noch nicht einmal die Grundsteuer bewilligt, sondern wollen sie verschleppen. Dann werden wir eine Reichsgrundsteuer bekommen, und Preußen kriegt nichts. Zu sparen gibt es an diesen Steuern nicht mehr viel, besonders nicht in sozialen und kulturellen Aufgaben. Preußen muß sich eben, ohne auf das Reich zu warten, durch eigene Opfer sanieren. Solange wir eine bürgerliche Regierung haben, ist aber noch keine neue Steuer bewilligt worden und wird auch nicht bewilligt werden. Ein demokratischer Kollege bestätigt uns, daß es nach den Aussprachen der Deutschen Volkspartei gegen uns hier im Hause auch einem gemäßigten Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in die Regierung zu gehen. Wenn die Volkspartei den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt; denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistischen und antisemitischen Lügen. (Lebhaftes Hört! Hört! links.) Das stammt aus der neuesten Broschüre von Robert Jansen über die Regierungsbildung in Preußen. Jansen sagt ausdrücklich, daß Deutschland außenpolitisch nur eins treffen kann: scharfe Trennung von den Gegnern von 1914. Der „Temps" und die offiziöse englische Presse sprechen ja dem Kabinett Wirth nur deshalb ihr Vertrauen aus, weil die Volkspartei nicht darin ist. Allerdings sagt heute das führende deutschnationale Blatt, daß aus den Worten Stegerwalds ein ganz anderer Geist spräche als aus denen Wirths. (Hört! Hört! links.) Als seinerzeit das Kabinett Stegerwald gegründet wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Stegerwald würde das Kabinett unter allen Umständen nur mit uns, nie gegen uns bilden. Es hat sich herausgestellt, daß wir falsch verstanden hatten. Nun sind am 10. Mai unsere Vertreter wieder bei Herrn Stegerwald gewesen, und dieser hat erklärt, er wäre sofort bereit, das Kabinett umzubilden. Wir haben uns gestern überzeugt, daß wir wieder falsch verstanden haben. (Heiterkeit.) Wir müssen die Herren vom Zentrum bitten, in Zukunft etwas deutlicher mit uns zu sprechen. Wir sind wohl etwas schwach von Begriff. Herr Stegerwald hält es für seine patriotische Pflicht, zu bleiben. Es ist ein Glück, daß er kein Sozialdemokrat ist, sonst würde man von „Kleben am Ministersessel" und „Drängen nach fetten Posten" reden. Er meint es gewiß aufrichtig; aber er müßte bedenken, daß er so das Land in eine noch größere Krise stürzt: Die Erfüllungsmehrheit wird im Reich und in Preußen sein, oder sie wird überhaupt nicht sein. (Sehr wahr! links.) Mit Recht sprach Herr Stegerwald von der großen sozialen Umwälzung, in deren Anfang wir jetzt erst stehen. Glaubt er, daß er diese soziale Umwälzung friedlich durchführen könnte gegen die geschlossene Opposition der deutschen Arbeiterschaft, soweit sie sozialistisch ist, die gegen das jetzige Ministerium unweigerlich fortbestehen wird? (Hört! Hört! bei der Mehrheit.) Ich fürchte, daß bei den Demokraten die Opferwilligkeit nicht mehr so frisch ist wie damals, als sie mit uns die Verfassung und das Betriebsrätegesetz machten, um den Ansturm von links abzuwehren. (Hört! Hört! auf der äußersten Linken.) Die Mittelparteien müssen zurückkehren zu der Einsicht, daß die Front „Hie Bürgertum — hie sozialistische Arbeiterschaft" für Deutschland verderblich ist. Jetzt herrscht ein neuer Geist, der das Bürgertum zusammenfassen will gegen die Ansprüche der sozialistischen Arbeiterschaft, über die sie früher mit sich reden ließen, die ihnen heute aber viel zu weitgehend erscheinen. In das Joch der Regierung mit der Deutschen Volkspartei zwingen Sie uns heute noch weniger als vorher. Entweder: Sie regieren mit uns, oder Sie regieren gegen die gesamte sozialistische Arbeiterschaft, und dann kommt es zu dem, was im außenpolitischen Interesse jetzt noch vermieden werden müßte. Dann kommt es zur Auflösung und zu neuen Kämpfen. (Allgemeine Bewegung.) Wir haben bei diesem Kampfe nichts zu verlieren. Wir sehnen die Stunde herbei, wo wir, ohne eine Verantwortung für außenpolitische Zwecke zu haben, hineingehen können in den frischfröhlichen Kampf gegen Reaktion und Arbeitertrutz. (Lebhafter Beifall bei den SD.)

Kloft-Essen (Z.): Wäre die Veranlagung zur Einkommensteuer gleichzeitig für das ganze deutsche Volk erledigt, dann hätte ein bedeutend höherer Betrag erzielt werden können.

Landwirtschaftsminister Naumbold: Mein Ziel ist einmal, Vermehrung der ansässigen Landbevölkerung durch Besiedlung des Vorhandenen, Gewinnung und Besiedlung neuen Kulturlandes, sodann schnelle Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit dem Ziel, unsere Bevölkerung möglichst bald aus eigener Erzeugung zu ernähren. In den landwirtschaftlichen Großbetrieben muß eine weitere Differenzierung der Landarbeiter nach Tüchtigkeit und Einkommen angegliedert werden. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Errichtung neuer und die Verbesserung bestehender Arbeiterwohnungen auf dem Lande. Die Verbindung der produktiven Erwerbslosenfürsorge mit der Kultivierung von Moor und Oedländern wird fortgesetzt werden. Jede Verminderung der Einfuhr von Nahrungsmitteln erweitert die Einfuhr industrieller Rohstoffe und steigert unsere Valuta. Für die Sicherheit auf dem Lande muß besser gesorgt werden. An erster Stelle muß die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens und die Förderung des Arbeitsgemeinschaftsgedankens stehen. Die Zwangswirtschaft in landwirtschaftlichen Erzeugnissen erweist sich als ein um so schwereres Hemmnis für das Wiedererstarken der ländlichen Erzeugung, je länger sie über die Beendigung des Krieges hinaus fortbesteht. Die Verstärkung des inländischen Angebots an Nahrungsmitteln wird auch die Preise senken. (Widerspruch bei den SD.) Die Förderung des ländlichen Genossenschaftswesens liegt mir besonders am Herzen. Vertrauensvolles Zusammenarbeiten der landwirtschaftlichen Zentralbehörden mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen der Landwirtschaft wird stets mein Bestreben sein. Der Ausbau des landwirtschaftlichen Fachschulwesens muß den Bedürfnissen der Geschlechter gerecht werden.

Wallraff (DNP.): Ohne Disziplin in den Beamtenkörperschaften ist jedes Verständnis unmöglich. Wenn Reichsminister und Landesminister gegeneinander auftreten, so geben sie dabei ein schlechtes Beispiel. Wann kommt die neue Städteordnung? Die Rheinprovinz empfindet deutsch. Diejenigen Hannoveraner, die auf eine Abstimmung hinarbeiten, weil sie glauben, daß das hannöversche Volk sich gegen Preußen entscheiden wird, scheinen keine Vorstellung von der Gefährlichkeit ihrer Handlung zu haben.

Ministerpräsident Stegerwald: Als Ministerpräsident und Abgeordneter habe ich niemals in dem Maße parteipolitisch abgestempelt gesprochen, wie jetzt der Abgeordnete Heilmann. Seitdem ich die größeren politischen Zusammenhänge gesehen habe, hat sich in mir ein starkes nationales Empfinden entwickelt. Die schwierige Stellung der Führer der Mehrheitssozialisten erkenne ich an. Nachdem sie fünfzig Jahre den Kampf gegen den Staat geführt haben, müssen sie jetzt dafür sorgen, daß die Massen mit dem Staat verwachsen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie sind ja national!) Mein nationales Empfinden hat mit Alldeutschtum nichts gemein. Auch heute halte ich noch den Grundsatz der Friedensresolution von 1917, an den mich Herr Heilmann erinnert hat, für richtig. Ich will den Staatshaushalt wieder in Ordnung bringen. Wenn mich der Landtag im Stich läßt, dann bleibe ich nicht Ministerpräsident. Die Besprechung vom 10. Mai ist von Herrn Heilmann nicht richtig wiedergegeben worden. Ich habe damals erklärt, für die Regierungsumbildung seien bestimmte Voraussetzungen erforderlich, die ich gestern erneut aufgestellt habe und an denen ich festhalte. Regierungsumbildungen im Reiche und in Preußen sind bisher erfolgt nur aus außenpolitischen Gründen oder unter innerpolitischem Druck. Aus außenpolitischen und innerpolitischen Gründen kann die jetzige Regierung nicht zurücktreten. Das ist ein Gebot der Stunde. Wir müssen soviel Steuern zahlen, wie nur immer von der deutschen Wirtschaft aufgebracht werden kann. Ich habe keine besondere Zuneigung zur Deutschen Volkspartei. (Lachen links.) Wir dürfen nicht weiterhin in den Parlamenten sitzen und von einem Tag auf den andern arbeiten. (Beifall bei der Mehrheit.) Zu einer Stetigkeit in den Parlamenten können wir nicht kommen, wenn im Reiche oder in Preußen die Opposition stärker oder genau so stark ist wie die Mehrheit. Für jeden Weg, der zu dieser Stetigkeit führen kann, bin ich dankbar. Die Koalition, die sich bildet, muß auf Gedeih und Verderb zusammenarbeiten für das Ziel: Wir wollen arbeiten, wir wollen opfern, wir wollen aufwärts! (Beifall.)

Dr. v. Campe (DVP.): Die Ausführungen des Ministerpräsidenten waren getragen von dem Bewußtsein politischer Verantwortlichkeit. (Lärm bei den Kommunisten.) Erfreulich war, daß er sich seine Selbständigkeit als Ministerpräsident gegenüber den Parteien wahren will. Die Reichsregierung verbietet die Konfiskation des Hohenzollernvermögens. Dieses wäre Verfassungsbruch. (Große Unruhe links. Zuruf: Doch nicht gegenüber einem Verbrecher!) Heilmanns Rede war ein Liebeswerben um die lieben Genossen von links. Die hannoversche Frage ist eine deutsche Frage. Die Welfen haben nach Versailles einen Appell gerichtet, daß man dort für ein selbständiges Hannover eintreten soll. (Hört, hört!) Mit Recht hat Herr Leinert ein derartiges Ansinnen von sich gewiesen. Frankreich will Deutschlands Zerstückelung, und kein geringerer als Tardieu rechnet dabei auf die Hilfe der Deutschen selbst. Ist einmal der Stein in Hannover im Rollen, dann rollt er auch in Nordschleswig-Holstein und im Rheinland. Die Einigkeit muß kommen, wenn die gigantischen Aufgaben gelöst werden sollen.

Schulz-Neukölln (Komm.): Der Kampf der Unabhängigen ist ein Kampf gegen die eigenen Klassengenossen. Der Kampf gegen das Kapital wird nur von den Kommunisten geführt. Bei Heilmann kommt zuerst das Vaterland und dann das Proletariat. Bei dem Kampf, den er angekündigt hat, handelt es sich nur um Phrasen. Man spricht soviel von Sparsamkeit. Bei der Soldateska und den Gendarmen wird nicht gespart. Napoleon-Feiern wären noch eher möglich, als Hohenzollern-Feiern. Dem verruchten Hohenzollernpack und Fürstenpack, das die eigenen Landeskinder verrät und verkauft und das aus den Menschenverkäufen Gewonnene verfressen, versoffen und verhurt ..... (Der Präsident erteilt dem Redner einen Ordnungsruf und ersucht den Abgeordneten, doch auf die Gefühle der anderen Abgeordneten Rücksicht zu nehmen.) Herr Gräfe hat bewußt die Unwahrheit gesagt und uns bewußt verleumdet, dieser Lügenbeutel Gräfe. (Der Präsident erteilt einen zweiten Ordnungsruf.) Der Herr Präsident will also nicht, daß hier ein Lügner Lügner genannt wird. (Der Präsident verbittet sich eine Kritik seiner Geschäftsführung.) Die Rede Stegerwalds scheint den Anspruch auf Kampf der Kapitalisten gegen die Volksmassen zu erheben. Wir nehmen den Kampf auf, denn wir sind sicher, daß er mit dem Siege des Proletariats endet.

Dr. Cohn (USP.): Die Unsicherheit auf dem Lande, mit der die hohe Zahl der Polizeibeamten begründet wird, beruht zum großen Teil darin, daß die großen Geister mit ihren Waffenlagern und ehemaligen Baltikumern Beunruhigung in die Bevölkerung bringen. Die freiwillige Entwaffnung liegt im Interesse aller Kreise des Volkes. Nur durch die Entfernung dieser Geister ist die wirtschaftliche Fähigkeit Deutschlands wieder zu heben. Gelegentlich der oberschlesischen Frage haben wir wieder einige Beispiele davon erhalten, daß es noch Kreise gibt, die an eine kulturfördernde Wirkung des Krieges glauben. Man müßte doch endlich sich überzeugt haben, daß jede Repressalie auf der einen Seite einen Gegendruck auf der anderen Seite hervorruft. Wir verlangen vom Minister genaue Aufklärung über die Untersuchung in den Ländern. Die Ausrottung des militärischen Geistes ist jetzt ein großes europäisches Problem. Der Aufruf des Ministerpräsidenten an das Proletariat zu größerer Sparsamkeit wäre unterblieben, wenn der Ministerpräsident sich gewisse Statistiken zur Vorlage genommen hätte. Er würde gesehen haben, wie nicht nur die Proletarier in dieser Zeit leben und sterben, sondern wie auch der sogenannte Mittelstand, der früher zu den wohlhabenden Schichten zählte, Not leidet. Die wirklich Wohlhabenden sind jetzt wo anders zu finden. Es ist erwiesen, daß der Hauptverbrauch für Seiden und dergleichen auf dem Lande zu suchen ist. Der Arbeitswille des Proletariats ist seit 1918 weder stehengeblieben noch zurückgegangen. Zurückgegangen ist nur die Lebenshaltung des Proletariats, was sich am deutlichsten bei der proletarischen Jugend, deren Sterblichkeitsziffer immer größer geworden ist, zeigt. Die Gleichstellung der armen Bevölkerungsschichten mit den Besitzenden durch den Ministerpräsidenten war einfach unrichtig und irreführend. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Schreiber-Halle (DNP.): Aus den Worten des Ministerpräsidenten sprach nicht der Militarismus, sondern das Seufzen eines unterdrückten Volkes. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Das ganze Volk muß einsehen, daß man nach einem verlorenen Krieg nicht weniger, sondern mehr arbeiten muß als bisher. Wir freuen uns über das Programm des Landwirtschaftsministers und hoffen, daß er es recht bald in die Tat umsetzt. Der Widerstand der Großgrundbesitzer, die die Situation immer noch nicht zu begreifen scheinen, muß gebrochen werden. (Hört, hört! links.) Die Deutschnationalen sollten nicht die Volksklassen gegeneinander hetzen. Das ist besonders gefährlich, weil Sie (zur Rechten) dem deutschen Volke damit den Glauben an seine Zukunft nehmen. Jetzt wirft man uns in der Rechtspresse Mangel an nationaler Gesinnung vor, weil wir in der Reichsregierung sitzen. Wenn Sie (nach rechts) jetzt behaupten, in Frankreich sei das nationale Gefühl stärker, dann beweist das, daß Sie eingesehen haben, daß der nationale Gedanke besonders gut in der Demokratie gedeiht. (Lebhafter Beifall bei den DDP., Lachen rechts.)

Damit schließt die Aussprache. Es folgen persönliche Bemerkungen.

v. d. Osten (DNP.): Der von mir zitierte Satz des „Vorwärts" hat tatsächlich in dem Blatt gestanden.

Heilmann (SD.): Herr v. d. Osten hat den Satz wohl richtig wiedergegeben, aber ihn so dargelegt, als ob damit die Sozialdemokratie die Niederlage gewollt hätte, und das ist eine Entstellung.

Hergt (DNP.): Die Behauptung des Herrn Heilmann, ich hätte im Reichstag gesagt, wir dürften beim Ultimatum keine Rücksicht auf Oberschlesien nehmen, ist unrichtig.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen der Deutsch-Hannoveraner Biester und Mohrbotter vertagt sich das Haus, nachdem das Gesetz an den Hauptausschuß gegangen ist. Eine längere Geschäftsordnungsdebatte entspinnt sich über die Frage, ob auch der sozialdemokratische Antrag über das Hebammenwesen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden soll. Gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien wird der Antrag auf die Tagesordnung kommen.

Nächste Sitzung am Dienstag, 14. Juni, nachmittags 2 Uhr. Kleine Anfragen. Strafverfahren gegen Abgeordnete. Interpellationen und Anträge, darunter solche über das Hebammenwesen. — Schluß 6 Uhr.

Zwölfter Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

k.r. Hamburg, 7. Juni.

Die der Vorstandsberichterstattung nachfolgende Diskussion erhielt in den ersten Stunden durch Freigang-Berlin die am schärfsten oppositionelle Tönung. Die Ursachen des seit dem 2. Quartal 1920 einsetzenden Mitgliederrückganges seien nicht die Krise allein und die politischen Auseinandersetzungen in der Organisation, sondern das Empfinden, daß die Entwicklung nach dem Kapp-Putsch eine reaktionäre wurde und die der Arbeiterschaft gegebenen Versprechungen und die getroffenen Abmachungen nicht gehalten wurden. Die Reichswehr und die technische Nothilfe greifen überall gegen die Arbeiter ein; Sondergerichte und Urteile der schärfsten Form wüten gegen die Arbeiter. Die Besitzsteuern bleiben aus usw. Dies und das Bewußtsein, daß die Organisationen des ADGB. nicht genügend getan haben, zur Wahrung der Arbeiterpositionen einen Druck auf die Regierung auszuüben, seien die Hauptursachen des Mitgliederrückganges. Der Vorstand habe auch Verschleierungspolitik getrieben, indem er den von der Berliner Zahlstelle vorgenommenen Ausschluß Nosles aus dem Verband dadurch zu umgehen suchte, daß er darlegte, daß Noske längere Zeit beitragsrückständig und Mitglied überhaupt nicht mehr sei. Alles in allem müßte der Vorstand zu einer ganz andern Taktik übergehen, und die Weisungen dazu müßten ihm vom jetzigen Verbandstag gegeben werden. — Auch Böse-Berlin führte aus, daß die zentralen Verbandsleitungen viel schärfer gegen das Arbeitslosenelend hätten vorgehen müssen. Gewiß habe der Vorstand sich alle Mühe gegeben, der Arbeitslosigkeit und ihren Folgen zu Leibe zu gehen, aber seine Mittel seien eigentlich nur Palliativmittel gewesen. Bei dem gewaltigen Umfang des gewesenen und auch noch vorhandenen Arbeitslosenelends in Berlin sei die unzufriedene Stimmung dort wohl begreiflich. Der ADGB. hätte wenigstens einen der 10 Punkte als Kampfobjekt aufstellen müssen. Redner entwickelte einen Vorschlag, die Arbeitslosen in den Produktionsprozeß einzureihen. Vor allem müsse die Arbeitszeit gesetzlich in allen Industrien, in denen Arbeitslosigkeit vorhanden, herabgesetzt werden, um die Arbeitslosen unterzubringen. — Schon vorher hatte Freiberger-München lebhaft kritisiert, daß nicht viel mehr Nachdruck auf die Arbeitslosenfrage aufgewendet, eventuell das ganze Schwergewicht der Arbeiterschaft in die Wagschale geworfen wurde. — Auch Meyer-Nürnberg wendete Kritik an, insbesondere, daß nicht mehr in der sozialistischen Erziehungs- und Entwicklungsrichtung getan worden sei.

Die Anstellung des Volkswirtschaftslehrers durch den Vorstand sei zu begrüßen. Auch die Holzbewirtschaftung sei immer wieder mit Volkswirtschaftlern zu besprechen, die auf gemeinwirtschaftlichem Boden stehen. Der ADGB. habe sich mit Technikern in Verbindung zu setzen und immer wieder in unserm Sinne gehaltene Vorschläge zum Wiederaufbau zu machen, damit dieses weite Feld nicht die Domäne Privater bleibt. In das Volk müsse der Zug hineingetragen werden, zu arbeiten immer stärker im Dienste nur der Allgemeinheit, nicht des ausbeutenden Kapitals, das werde dann auch die Arbeitsfreudigkeit stärken. — Auch